



Zeitschrift des Landtagsabgeordneten Tobias Heller

Blauer Brief

Ausgabe 02/25



Protest gegen den
Windrad-Wahn

SEITE 2



Kita-Schließung:
Wurde vertuscht?

SEITE 4



Wir brauchen
sichere Energie

SEITE 5

Corona-Untersuchungsausschuss thematisiert massives Unrecht!

Bereits jetzt sorgt er für viel Aufsehen: Der neue Ausschuss „Untersuchung der Krisenpolitik der Staatsregierung im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 und COVID-19“ im Sächsischen Landtag soll Transparenz und eine kritische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen in Sachsen ermöglichen.

In bisher drei Sitzungen des von der AfD durchgesetzten Ausschusses konnten namhafte Experten befragt werden!

Der AfD-Fraktionschef Jörg Urban betont dazu: „Diese dunkle Episode unserer jüngeren deutschen Geschichte muss gründlich aufgearbeitet werden. Dazu gehört auch, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Er unterstreicht mit Nachdruck: „Es muss geprüft werden, ob es schuldhaftes Verhalten seitens der Staatsregierung gab.“

Zu den bisher vom Ausschuss geladenen Experten zählen die Virologen Prof. Dr. Hendrik Streeck, Prof. Dr. Klaus Stöhr und Prof. Alexander Kekulé.

Sie ließen oft kein gutes Haar an den staatlichen Maßnahmen. Kindern bei einer für sie ungefährlichen Krankheit Masken aufzusetzen, bezeichnete Prof.

Krüger beispielsweise als „Quälerei“. Kekulé stellte klar, dass

schon mit der Delta-Variante kein Argument mehr für eine Impfpflicht bestand.

Experte: Masken für Kinder waren sinnfreie Quälerei

Die AfD-Fraktion Sachsen wird mindestens bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 die Aufarbeitung der Corona-Politik vorantreiben!



Laute Proteste gegen Windrad-Wahn: AfD vor Ort in Markkleeberg

Gemeinsam mit Mitstreitern der AfD-Fraktion Sachsen war ich am 28.03.25 vor Ort: An diesem Freitag fand die Verbandsversammlung zum Regionalplan Leipzig Westsachsen im Rathaus Markkleeberg statt!

Mit zahlreichen engagierten Bürgerinitiativen befanden wir uns vor dem Rathaus. Denn dieser umstrittene Regionalplan sieht zahlreiche neue Windkraft-Anlagen, unter anderem verteilt über die gesamte Region Nordsachsen, vor!

Der Hintergrund: Laut Bundesregierung muss jeder Planungsverband 2,0 Prozent seiner Fläche für Windkraft bis spätestens Ende 2032 ausweisen. In Sachsen setzt die Landesregierung dank der grünen CDU noch einen drauf und will das ganze schon bis 2027 „durchdrücken“. Von dieser ehrgeizigen Forde-



rung rückte Infrastruktur-Ministerin Regina Kraushaar (CDU) nach einer Gesetzesinitiative unserer AfD-Fraktion Sachsen ab. Dazu erklärt der regionalpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Thomas Thumm:

„Am 14. März 2025 hat unsere Fraktion ein Windenergieordnungsgesetz (8/2094) vorgelegt. Kernpunkt dieses Gesetzentwurfs ist die Streichung des Zwei-Prozent-Flächenzieles. Wir wollen zugleich den willkürlichen Wildwuchs außerhalb von Vorranggebieten unterbinden, um die Anwohner und unsere Wälder zu schützen.“

Dass sich die CDU diese zentrale Forderung der AfD nach dreieinhalb Wochen zu eigen macht, freut uns, weil die Verschandelung unserer Landschaften mit Windrädern beendet werden muss. Das Zwei-Prozent-Ziel war von Anfang an ein grünes Hirngespinnst. Die CDU hätte sich niemals auf dieses übertriebene, völlig unrealistische Ziel einlassen dürfen.“

Auch Naturschätze wie unsere heimischen Wälder sind jedoch



Auch die CDU nahm einen massiven Ausbau der Windkraft in Nordsachsen in Kauf!

nach wie vor ausdrücklich nicht von Rodungen und Umnutzungen als Windkraft-Fläche ausgenommen! Die AfD-Fraktion Sachsen teilt deshalb die Bedenken vieler Bürgerinitiativen.

Denn die volatile, also wechselhafte und massiv von Wettereinflüssen abhängige Windkraft, deckt gerade einmal einen Bruchteil des Energiebedarfs im Freistaat! Windkraftwerke tragen zudem massiv zur Versiegelung der Böden bei, nehmen der Landwirtschaft wertvolle Fläche und sind insbesondere bei der Entsorgung weder umweltfreundlich noch ökonomisch.

Wir haben deshalb viele Gesetzesanträge und Anträge zum Thema in den Sächsischen Landtag eingebracht: Unter anderem das „Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung“ für einen Mindestabstand von Wohnbebauung zu Windrädern, das „Fünfte Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung“ zum Ausschluss von Windenergieanlagen aus dem Waldbesitz des Freistaates Sachsen oder den Antrag „Ausbauziele für Windenergie in der Fortschreibung des Energie- und Klimaprogramms aussetzen – Natur, Versorgungssicherheit und Wohlstand schützen“. Leider haben die Altparteien diese Initiativen abgelehnt... Ich werde das Engagement der Bürgerinitiativen weiter verfolgen und unterstützen. Die nicht grundlastfähige Windkraft kann keine zuverlässige Energiequelle sein und belastet zudem unsere Umwelt massiv!

Wir als AfD-Fraktion Sachsen setzen uns für eine vernünftige Energiepolitik ein! Dabei stehen wir auch an der Seite der Opfer des Windrad-Wahns!

„Wald im Klimawandel“: Tagung in Wermisdorf

Bei bestem Frühlingwetter fand am 21.03.2025 im Wermisdorfer Wald eine besondere Tagung statt. Der Sachsenforst hatte zur „14. Wermisdorfer Regionaltagung“ eingeladen – passenderweise zum „Internationalen Tag des Waldes“. Das zweifelsfrei kontroverse Thema: „Der Wald im Klimawandel – Chancen und Risiken alternativer Baumarten“!

Im Schatten dieser verschiedenen Baumarten hat der Sachsenforst eine sehr gut organisierte und lehrreiche Veranstaltung durchgeführt. Das Interesse war groß: Neben weiteren Abgeordneten waren unter anderem auch Vertreter von Kommunen und Behörden, aber auch Forstunternehmer und Privatleute vor Ort.

An sechs Stationen konnten sie sich u.a. über waldbauliches Handeln, Klimaprognosen für Sachsen und zukunftsfähige Baumarten informieren und diskutieren. Es referierten beispielsweise fachkundige Beamte, Forstwissenschaftler, Vertreter des Staatsbetriebs Sachsenforst und auch ein Archäologe!

Dass sinnvolle Lösungen auf aktuelle Probleme wie zunehmende Dürreperioden, ansteigende Durchschnittstemperaturen

und Waldsterben keineswegs einfach sind, hat dabei das Beispiel der Rot-Eiche gezeigt.

Denn die ursprünglich aus Nordamerika stammende Baumart bietet schnelles Wachstum. So erscheint sie manchen forstwirtschaftlichen Akteuren als einfache Lösung in Zeiten des angeblich existenzbedrohenden Klimawandels. Leider hat diese Baumart jedoch auch Schattenseiten vorzuweisen! Dazu zählen unter anderem die gleichfalls bei Verletzungen vorhandene

Die Rot-Eiche als sehr trügerische Lösung für Wälder

Anfälligkeit für Schädlingsbefall und Pilze. Und im Gegensatz zur heimischen Traubeneiche kann das

Holz der Rot-Eiche in weniger Bereichen gewerblich verarbeitet werden. Ihr forstwirtschaftlicher Wert ist auch deshalb geringer! Auch vielen Anwesenden waren diese Umstände durchaus bekannt.

Umso erfreulicher ist es, dass hier Lösungen offen und ohne Scheuklappen und Berührungsängste besprochen wurden. Solche Veranstaltungen sollte es öfter geben!



Immer mehr Kita-Schließungen: Was wurde in Mügeln verheimlicht?

Bereits 2024 zeichnete es sich intern deutlich ab: Die Kita „Hummelburg“ im Mügeln Ortsteil Ablaß soll zu Beginn des neuen Schuljahres geschlossen werden.

Die betroffenen Eltern wurden laut „Oschatzer Allgemeiner Zeitung“ (OAZ) vom 8. Februar 2025 kurzerhand per Elternbrief darüber in Kenntnis gesetzt.

Was nicht zur Sprache kommt: Angesichts fehlender Neuansmeldungen – seit fast einem Jahr – war dieses mögliche Szenario jedoch bereits mindestens seit August 2024 einem ausgewählten Kreis sehr wohl bekannt!

Die sich abzeichnende Schließung hatte ich bereits zum Wahlforum im E-Werk-Oschatz am 5. August 2024 angesprochen. Daraufhin empörte sich die stellvertretende Mügeln Bürgermeisterin, Stefanie

Schwaiger (CDU), lautstark! Meinen Widerspruch wollte sie nicht gelten lassen. Nun hat sich meine Warnung vom Sommer 2024 leider bestätigt, Frau Schwaiger! Es ist mir unverständlich, wie eine stellvertretende Bürgermeisterin über solche elementaren Entwicklungen nicht Bescheid wissen kann.

Warum wurden die Eltern so spät dazu informiert?

„Den Räten waren sie ja schon bekannt“, heißt es schließlich im oben genannten OAZ-Artikel!

Oder sollte die Öffentlichkeit nicht zu früh informiert werden?

Das wäre schlicht eine Unverschämtheit gegenüber den jetzt betroffenen Eltern – denen dann zugleich viel wertvolle Zeit zur alternativen Kindertagesstätte in der Region auf unehrliche Art und Weise geraubt wurde. Zweifelsfrei stimmt es sehr



nachdenklich, dass wohnortnahe Kitas – und damit die Erziehung unserer Kinder – als „unwirtschaftlich“ abgestempelt werden müssen, weil den Kommunen die dringend benötigten Finanzmittel fehlen.

Zeitgleich sollten in Torgau, gemäß dem Wunsch des Landkreises, auf Biegen und Brechen sogenannte Flüchtlinge zentral untergebracht werden – zur Not bis vor kurzem auch in einem Hotel-Gebäude. Aber setzt die CDU da nicht völlig falsche Prioritäten in ihrer Politik?



Wir brauchen wieder Energiesicherheit!

Zur Antwort auf eine Schriftlichen Frage (Drucksache 20/15078, Frage Nr. 2) an die Bundesregierung bezüglich des Imports russischen Flüssigerdgases (LNG) unter anderem über den französischen Hafen Dünkirchen erklärt der Sprecher der AfD-Fraktion für See- und Binnenschifffahrt, René Bochmann (AfD):

„Mit unserer Schriftlichen Frage an die Bundesregierung wollten wir in Erfahrung bringen, ob diese davon Kenntnisse hat, dass russisches LNG in erheblichen Mengen über einen indirekten Einfuhrweg nach Deutschland importiert wird.“

Konkret geht es unter anderem um 58 Schiffsladungen russischen LNGs, die über den französischen Hafen Dünkirchen importiert wurden. Die Bundesregierung hat diesen Importweg nun bestätigt: ‚Für die Abnahme des LNGs nutzt die SEFE-Gruppe LNG-Terminals in Frankreich.‘

Wir Deutsche werden also wieder bewusst getäuscht. Es soll der Anschein entstehen, dass Deutschland kein russisches Gas einkaufen würde, da ein direkter Import über deutsche LNG-Terminals durch die Bundesregierung verhindert wird. Stattdessen wird ein Umweg über Frankreich gewählt. Dies ist ineffizient und unverständlich. Wir fordern, dass das Gas direkt über deutsche LNG-Terminals importiert wird. Das wäre kostengünstiger und gegenüber dem deutschen Volk ehrlicher.

Zudem müssen alle verfügbaren Pipelines aus Russland, inklusive der intakten Röhre von Nord Stream 2 in Betrieb genommen und die drei beschädigten RöhrenX von Nord Stream 1 und 2 instandgesetzt werden, damit Deutschland endlich wieder günstiges Gas für eine funktionierende Wirtschaft erhält.“

René Bochmann, MdB



René Bochmann wurde von den Nordsachsen direkt in den Deutschen Bundestag gewählt!



KI-Symbolfoto

Von wegen „Ortskräfte“: Afghanen fliegen direkt zu uns

Die Stimmzettel zur Bundestagswahl waren gerade ausgezählt, da landete am 25.02.2025 ein Flieger aus Pakistan in Berlin! Und das war nur die Spitze des Eisbergs!

Darin befanden sich laut „Bild“-Zeitung 155 sogenannte afghanische „Flüchtlinge“! Bemerkenswerterweise waren darunter nur fünf Ortskräfte – also Afghanen, die bis zur Machtübernahme der Taliban 2021 für die Bundeswehr und das

Laxe Vergabe des Visums macht es Islamisten leicht

Entwicklungshilfe-Ministerium gearbeitet haben. Begleitet wurden sie von 22 „engen Familienangehörigen“.

Die restlichen Afghanen kamen über das „Bundesaufnahmeprogramm“ der scheidenden Bundesregierung in unser Land. Pikant dabei: Korrekt überprüft wurde ein Teil offenbar nicht. Denn mindestens drei Afghanen

hatten willkürlich von den Taliban ausgegebene, sogenannte Proxy-Pässe dabei.

Hinzu kommt: Etwa 12.000 Afghanen wollen nun von Tadschikistan nach Deutschland...

Bei der bisher laxen Vergabe von Reisepapieren und Visa durch das Außenministerium – und angesichts der völlig überlasteten

deutschen Botschaft in Tadschikistan – kann nicht ausgeschlossen werden, dass

sich auch zukünftig einige Islamisten unter den Gästen befinden.

Pikant: Eigentlich sollte die Einreise der 155 Afghanen schon vor der Bundestagswahl stattfinden, wurde aber auf den 25. Februar verschoben.

Pikant: Im März 2025 landete erneut ein Charterflug aus Islamabad mit 132 Afghanen in

Berlin. Auch diesmal war nur eine Person als Ortskraft eingestuft, die übrigen reisten über das Bundesaufnahmeprogramm oder andere Schutzlinien ein.

Durch akribische Nachfragen von AfD-Bundestagsabgeordneten wurde auch deutlich, dass die scheidende Bundesregierung noch viele weitere Flüge durchgeführt hat. Anfang März landeten beispielsweise 132 Afghanen in Berlin – darunter war nur eine „Ortskraft“. Bislang sind laut dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung rund 2.700 ehemalige Ortskräfte in die Bundesrepublik Deutschland eingereist, gemeinsam mit ihren Angehörigen über 12.500 Menschen. Seit dem Fall der Hauptstadt Kabul an die Taliban im August 2021 wurden über 38.000 afghanische Staatsangehörige aufgenommen! Dies ist aus unserer Sicht nicht verkraftbar. Wir brauchen ein Ende der Masseneinwanderung!



Nordsachsen hat den Politikwechsel gewählt

René Bochmann ist der alte und neue direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Nordsachsen. Meine herzliche Gratulation zu diesem historischen Ergebnis für unsere Alternative für Deutschland nach diesem kurzen und intensiven Wahlkampf!

Neben vielen Nichtwählern konnte Bochmann auch viele CDU-Wähler an die Wahl-Urne treiben – wohl angetrieben vom wenig überzeugenden Wahlkampf der eigenen blassen Kandidatin, die sich wohl sehr auf ihrem Listenplatz 2 ausruhte. Die Gegen-Rechts-Aufmärsche haben lediglich für eine Umverteilung im Anti-Verschissmus-Lager gesorgt.

Ein Politikwechsel, den die CDU in den letzten Wochen immer betont hat, wird nicht kommen. Trotz dass es bei den ehemaligen Christdemokraten an der Basis brennt. Denn vieles von den Wahlforderungen, die man bei der AfD beschrieben hat, wird man nicht mit LINKEN in Koalitionen umsetzen können. Deshalb darf man sehr gespannt sein, wie Christiane Schenderlein die Forderungen der Bevölkerung, der Unternehmerschaft und der Verbände umsetzen will.

Sie ist doch in den vergangenen Jahren auf und ab gefahren und hat allen die Ohren voll gejammert, dass ihr doch der Handlungsspielraum in der Opposition fehlt. Der wird ihr auch durch die linken „Brandmau-

ern“ fehlen – der Wähler wird es erneut danken. Und das schon ziemlich schnell.

Friedrich Merz wird lediglich ein Übergangskanzler sein. Ich gebe ihm – ähnlich wie der Verliererkoalition in Sachsen – höchstens zwei Jahre in seiner anstehenden Kanzlerschaft. Einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland hat der US-amerikanische Vizepräsident J.D. Vance während seiner Rede zur Münchner Sicherheitskonferenz angedeutet. Schon allein weil die selbsternannte politische

„Mitte“ in Deutschland nicht Willens ist, den Wählerwillen umzusetzen.

Danke für Ihre Stimme und Ihr Vertrauen!

2024 bin ich zur Landtagswahl angetreten, um den Willen des Volkes

wieder aktiv in den Sächsischen Landtag einzubringen und eine politische Wende für das Volk umzusetzen!

Ich bleibe optimistisch: Wir werden mit unseren konstruktiven Vorschlägen zu einer besseren Politik für unsere Bürger und unser Land über kurz oder lang regieren – spätestens 2029 ganz ohne die Christpopulisten!



Tobias Heller wurde 2024 für den Wahlkreis Torgau-Oschatz direkt in den Sächsischen Landtag gewählt und ist Teil der AfD-Fraktion.



René Bochmann aus Bad Dübener will im Bundestag weiter Klartext sprechen und sich für eine bessere, solide Infrastruktur einsetzen.



Unsere Landtags-Initiative: „Qualität der Bildung retten“

Nicht nur bei den Sozialsystemen, sondern auch im Schulsystem ist die Belastungsgrenze weit überschritten. Volle Schulklassen, Lehrermangel und Unterrichtsausfall sind zum Alltag geworden.

Im Gespräch mit Schulleitern aus dem Wahlkreis

nerisch circa 67 zusätzliche Klassen bedeutet. Jede neue Schulklasse verschärft den Lehrermangel. Der Antrag „Schulen am Limit – Qualität der Bildung retten“ vom 21.01.2025 zielt darauf ab, unsere Schulen zu entlasten.

Angebots ihres Heimatlandes generell zu ermöglichen.

Zu diesen drängenden Themen habe ich auch im Landtag gesprochen. Diese und weitere Reden können unter www.youtube.com/@TobiasHellerAfD eingesehen werden!

Ordentlicher Unterricht und die Vermittlung von Lernstoff sind in vielen Fällen kaum noch möglich. Die Schule wird zu einer Aufbewahrungsanstalt. Deutschsprachige Schüler müssen sich um ihre Schulabschlüsse sorgen. Denn das Unterrichtsniveau wird aufgrund völlig unterschiedlicher Sprachkenntnisse ausländischer und heimischer Schüler massiv herabgesenkt!

Seit dem Schuljahr 2020/21 ist die Anzahl der Klassen allein in den allgemeinbildenden Schulen um 908 gestiegen. Derzeit warten noch 1.869 Kinder auf einen Schulplatz, was bei einem Klassenteiler von 28 rein rech-

Hierzu sollen die Volkshochschulen Kinder nicht bleibeberechtigter Migrantinnen bis zur Ausreise lernorientiert betreuen. Eine weitere Maßnahme besteht darin, ukrainischen Kindern die Nutzung des Online-

Leider wurde unser Antrag von den Altparteien abgelehnt. Mit Schulleitern in meinem Wahlkreis habe ich jedoch gemeinsame Gespräche vereinbart, um dieses und weitere akute Problemfelder detailliert und ausführlich zu besprechen!



Das unterschiedliche Sprachniveau bei vielen deutschen und ausländischen Schülern stellt Lehrer in Sachsen vor massive Probleme!

Linker Ungeist: Indoktrination unserer Schüler



Von Steffen Prößdorf, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=158908154>

Am 27.03.2025 hat der Sächsische Landtag einen Antrag der Linken-Fraktion namens „Sächsische Schulen als Lebens- und Lernort für eine wehrhafte Demokratie weiterentwickeln“ lebhaft diskutiert. In diesem Antrag fordert die Linkspartei u.a. ein neues Unterrichtsfach namens „Demokratische Bildung“. In meinen Redebeiträgen habe ich mich zu dieser versteckten Form der Indoktrination geäußert. Hier ein Ausschnitt meiner Rede:

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der deutsche Aphoristiker Jürgen Wilbert hat einmal treffend gesagt: „Auch mit Worthülsen kannst du andere mundtot machen.“ Der vorliegende Antrag der LINKEN ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Denn dort ist zwar von „wehrhafter Demokratie“ und „demokratischer Bildung“ die Rede, gemeint ist aber etwas ganz anderes: Die Belehrung und Gängelung unse-

rer klugen sächsischen Schüler! Denn diese wählen und reden nicht so, wie es die Damen und Herren von der Linkspartei gerne hätten. Bei der U18-Wahl im Februar wählte fast jeder dritte Schüler in Sachsen blau. Da genügt es der Linkspartei nicht, dass sie im Bund von jedem Fünften unter 18 gewählt wurde – nein, die Ostdeutschen müssen natürlich wieder „auf Linie“ gebracht werden.

Deshalb muss jetzt drohend der Hammer der ideologischen Umerziehung, gestützt von linksgrünen NGOs, über den Köpfen unserer Schüler geschwungen werden. So soll der Unterricht im Fach „Gemeinschaftskunde“ – Zitat – „inhaltlich und methodisch-didaktisch auf den aktuellen Stand politikwissenschaftlicher und soziologischer Erkenntnisse“ gebracht werden. Lassen Sie mich raten: Diese „Erkenntnisse“ sollen dann an der von Ihrem

**Bildungspolitik
für den linken
Fördersumpf**

Parteikollegen Gregor Gysi (Foto nebenstehend) jüngst angeregten „Karl-Marx-Universität“ gewonnen werden? Die vermeintliche „Modernisierung und Weiterentwicklung des Unterrichtsfachs ‚Gemeinschaftskunde‘“ wollen Sie dann durch eine Umbenennung in „Demokratische Bildung“ einzementieren. Haben Sie sich nicht durchringen können, gleich von „Staatsbürgerkunde“ zu sprechen? Dort könnten ja einige Ihrer älteren Parteimitglieder als Lehrkräfte auftreten – warum nicht auch gleich „IM Notar“!

Welch Glück: Für die von Ihnen ebenfalls geforderten „Weiterbildungsangebote für die Qualifizierung der Lehrkräfte“ können sie zudem auf ein breites Netzwerk linksgrüner Vereine zurückgreifen! Fast könnte man meinen, hier soll ein – dank des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ – sehr üppiger Fördersumpf am Leben erhalten und gerechtfertigt werden. Denn davon profitiert nicht auch zuletzt der ideologische

Dunstkreis der LINKEN personell und finanziell! Nein, unsere sächsischen Schüler können selbst denken. Wir sprechen Ihnen nicht die demokratische Reife ab, die sie bereits jetzt in der Schule und im privaten Umfeld erlangen können! Sie sollen mündige und freie Bürger sein. Denn die können sich ihre Meinung ohne linke Bevormundung bilden. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb klar und entschieden ab!

Das Mercosur-Abkommen versetzt heimischen Bauern den Todesstoß

Die WELT berichtete am 30.01.2025 über die „Angst der deutschen Bauern vor dem brasilianischen Steak“. Anlass ist das geplante Mercosur-Abkommen, das es südamerikanischen Produzenten ermöglicht, Billigfleisch in Europa zu verkaufen.

Die Absurdität bringt die WELT auf den Punkt: Mit dem Abkommen werden unsere Bauern „in einen Wettbewerb mit einer hocheffizienten, ökologisch aber umstrittenen Agrar-Industrie in Brasilien geschickt. Und während heimische Landwirte immer neue Umweltstandards zu erfüllen haben, überweist Berlins Entwicklungsministerium hunderte Millionen Euro zum Erhalt des von der brasilianischen Agrar-Industrie bedrohten Amazonas nach Brasilien.“

Die sächsische AfD-Fraktion fordert deshalb in einem neuen An-

trag (Drs. 8/1336), das Mercosur-Abkommen nicht zu ratifizieren. Dafür muss sich die sächsische Regierung auf allen Ebenen einsetzen. Bisher fällt die CDU in Sachsen durch Schweigen auf!

„Deutsche Politiker müssen die Interessen der deutschen Bauern vertreten“, erklärt dazu der agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Jörg Dornau (Foto rechts). „Wir wünschen uns alle hochwertige, umweltschonend hergestellte Lebensmittel – im besten Fall direkt aus unserer Region. Dabei habe ich volles

Vertrauen in unsere Landwirte. Deshalb müssen wir Mercosur stoppen.“

Dornau betont: „Ob beim Pflanzenschutzmitteleinsatz, Düngemittelsatz oder bei der allgemeinen Bürokratie: Unsere heimischen Landwirte arbeiten bereits nach den weltweit höchsten und damit teuersten Standards. Dazu kommen ständig



steigende Kosten und Erlöspreise, die kaum ausreichen. Diese Wettbewerbsbedingungen sind mittlerweile so schlecht, dass viele Betriebe um ihre Existenz kämpfen. Dass auch noch durch das nun bevorstehende Mercosur-Abkommen unsere Märkte mit billigem und zu niedrigeren Standards produziertem Getreide sowie Fleisch geflutet werden, versetzt unseren Bauern den Todesstoß!“

Bereits 2020 konnte das Abkommen mit den Stimmen der AfD-Gruppe im EU-Parlament vorübergehend verhindert werden!

Viele Bauern kämpfen bereits um ihre Existenz!



Für Naturschutz, solide Bildung und volksnahe Politik

Die Wahlergebnisse zur Landtagswahl in meinem Wahlkreis Torgau-Oschatz sowie die Bundestagswahl-Ergebnisse für den gesamten Landkreis Nordsachsen sind ein klares Zeichen: Die Bürger wollen eine klare politische Wende – und kein „weiter so“ der etablierten Parteien!

Nach einer ersten Phase der Eingewöhnung habe ich nun erste Schwerpunkte finden können. Denn in der sächsischen AfD-Landtagsfraktion werde ich mich als Sprecher für Naturschutz für den Erhalt unserer heimischen Flora und Fauna, aber auch unseres einzigartigen Landschaftsbilds einsetzen. Grüne Ideologieprojekte wie riesige Windkraft-Parks und

Fläche raubender Solarfelder gehören gewiss nicht zum Naturschutz. Diese Position ver-



trete ich auch im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft des

Sächsischen Landtags! Außerdem bin ich Mitglied des Petitionsausschusses sowie des Ausschusses für Schule und Bildung.

Im Petitionsausschuss widme ich mich Bürgeranliegen, die ich z.T. bereits aus meiner Zeit als Mitarbeiter der ehemaligen nordsächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Gudrun Petzold kenne.

Im Ausschuss für Schule und Bildung beschäftigt mich die katastrophale Situation an heimischen Schulen als Vater naturgemäß besonders.

Zu diesen und anderen Themen finden Sie in dieser Zeitung meine Gedanken und Lösungsvorschläge!

Besucherfahrt nach Dresden
zum Sächsischen Landtag am 27.06.25
Anmelden: tobias.heller@slt.sachsen.de

Tobias Heller
Landtagsabgeordneter für Torgau-Oschatz

AfD

tobias-heller.de

Impressum

Herausgeber/ V.i.S.d.P.:

Tobias Heller
Puschkinstr. 9
04838 Eilenburg

E-Mail: mail@tobias-heller.de

Druckerei: Druckhaus Scholz GmbH

Redaktion: Tobias Heller

Auflagenhöhe: 8.000

Ausgabe: 02/2025

Redaktionsschluss: 13.04.25

Fotonachweise:

S. 1 (unten), 2 (unten), 8, 10 (beide) – AfD Sachsen
S. 8 (oben) – Sächsischer Landtag
Weitere: Siehe ggf. Bildbeschriftung



Meine Diät für unsere Vereine

Ohne Zweifel: Ich lehne – wie die gesamte sächsische AfD-Fraktion – die automatische Diätenanpassung für Landtagsabgeordnete ab!

Erst zum 1.4.2025 wurden die Diäten sächsischer Landtagsabgeordneter erneut erhöht. Diese Erhöhung bevorzugt Politiker gegenüber anderen Berufsgruppen jedoch unverhältnismäßig!

Es ist mir stattdessen wichtig, dass dieses Steuerzahler-Geld bei jenen ankommt, die es wirklich

benötigen: Nämlich unseren heimatverbundenen, regional verwurzelten Vereine. Hier denke ich insbesondere an ehrenamtliche Vereine, Freiwillige Feuerwehren, Sportvereine sowie Brauchtums- und Kulturvereine. **Deshalb möchte ich diesen jeweils 350 Euro monatlich ohne**

Gegenleistung zukommen lassen.

Dafür kann sich jeder ehrenamtlich tätige Verein bewerben, sofern er in den Städten Belgern-Schildau, Dahlen, Mügeln, Oschatz oder Torgau beziehungsweise den Gemeinden Arzberg, Beilrode, Cavertitz, Dreiheide, Liebschützberg, Naundorf oder Wermsdorf ansässig ist.

um konkrete Details zu besprechen! Unter

tobias.heller@slt.sachsen.de

können sich gerne interessierte Bürger bei mir melden!

350 Euro insgesamt pro Monat an einen Verein der Region

Ich setze mich anschließend mit Ihnen

in Verbindung,

